

Bundesvorstände der Jungsozialisten und der Jungdemokraten gegen das „politische Kidnaping der Athener Militärjunta“ und verlangten vom Auswärtigen Amt und der bundesdeutschen Botschaft in Athen, sich für die sofortige Freilassung der beiden Griechen einzusetzen. Jungsozialisten und Jungdemokraten erneuerten ihr Verlangen, daß die Bundesregierung den Scheel-Besuch eindeutig absagt.

Der Schriftsteller Günter Grass, der griechische Professor Mangakis und der frühere Bonner Rektor Grünwald protestierten gemeinsam gegen die Verhaftung von Tsatsos und Tsouderou. Auf ihrem Kongreß am vorigen Wochenende hatte auch die Sozialdemokratische Wählerinitiative in Bonn einen Brief an Brandt, Scheel und die Fraktionen der SPD und FDP gebilligt, in dem verlangt wird: Der Scheel-Besuch solle unterbleiben, die Bundesregierung solle das griechische Problem innerhalb der NATO zur Sprache bringen und die Amerikaner „auf die wachsende Ablehnung ihrer Griechenland-Politik hinweisen“ sowie die „Aktivitäten des Obristen-Geheimdienstes in der Bundesrepublik unterbinden.“

Brandt hatte vor seinen Wahlhelfern versprochen, sich deren Begehren genau durch den Kopf gehen zu lassen, meinte allerdings auch ausweichend, er könne gegenüber Außenminister Scheel diesbezüglich keinen Gebrauch von seiner Richtlinienkompetenz machen. Brandt: Wenn mir zu meiner Zeit als Außenminister der Kanzler so etwas per Richtlinienkompetenz vorgeschrieben hätte, hätte ich ihm gesagt, er solle sich einen anderen Außenminister suchen.

WESTBERLIN: JUNGDEMOKRATEN TRATEN AUS DEM MAIKOMITEE 73 AUS

Die Westberliner Jungdemokraten, die als eine der ersten Organisationen dem „Maikomitee - 73“ beitraten, in dem die SEW sich stark engagiert hat, haben am Donnerstagabend beschlossen, sich aus dem Maikomitee zurückzuziehen. Der Beschluß fiel im Landesausschuß auf Antrag des Landesvorstandes allerdings denkbar knapp aus: 13 : 11 Stimmen. Vorausgegangen war dem Beschluß eine heftige Diskussion in der FDP um die Aktivität der Judos im Maikomitee. In einer früheren Erklärung hatten die Judos den „Mai-Ausschuß '73“ der Jungsozialisten als „spalterisch“ verur-

teilt und eine Mitarbeit dort abgelehnt.

Als Gründe für den Austritt aus dem Maikomitee werden angegeben, daß „die Breite des Bündnisses“ dort nicht ausreiche, daß „ein politischer Minimalkonsensus nicht gegeben“ sei und daß sich das Maikomitee beispielsweise geweigert habe, die trotzkistische Gruppe „Spartacus“ (Kommunistische Jugendorganisation KJO) aufzunehmen. Eine Gegenposition im Landesausschuß vertraten vor allem die Steglitzer Judos, die von einer „Zerreißprobe“ im Landesverband sprechen. Das knappe Ergebnis der Abstimmung brachte dann einen zweiten Antrag, der einstimmig beschlossen wurde: Zwar Austritt aus dem Maikomitee, jedoch weiter der Aufruf, sich an der Demonstration des Maikomitees zu beteiligen. An der Logik dieses Beschlusses, heißt es in Steglitz, werde man sich sicherlich nicht nur in der FDP den Kopf zerbrechen.

JUSOS: MISSBILLIGUNG DES VERFAHRENS GEGEN GUGGOMOS

Die Landesdelegiertenkonferenz der Westberliner Jungsozialisten hat gegen nur eine Stimme das Verhalten der linken Vorstandsmitglieder der Westberliner SPD, Klaus Warnke und Norbert Meisner mißbilligt. Beide haben, als Vertreter der Jungsozialisten, in der letzten Landesvorstandssitzung der SPD bei der Abstimmung über das Parteiordnungsverfahren gegen den ED-Redakteur Guggomos sich der Stimme enthalten. Die Jusos erklären: „Der Landesvorstand der Jungsozialisten war immer der Meinung, daß Parteiordnungsverfahren wegen Meinungsäußerungen von Mitgliedern grundsätzlich unterbleiben müssen und daß die Auseinandersetzung in der SPD politisch, nicht ad-



„Um den Übergang unserer Gesellschaft auf ein höheres Niveau zu gewährleisten, müssen die folgenden Genossen ausgeschlossen werden...“ (aus: Neues Forum, Wien).